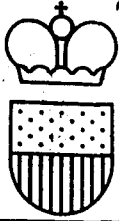


Liechtensteiner Volksblatt



Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Minister von Protestanten angegriffen

Der britische Nordirland-Minister Tom King ist am Mittwoch in Belfast von militanten Protestanten öffentlich angegriffen und mit Eiern beworfen worden. Etwa 30 Demonstranten, die mit Sprechchören gegen das Nordirland-Abkommen zwischen London und Dublin protestierten, versuchten, den Minister im Betreten des Rathauses zu hindern.

Streik bei Nachrichtenagentur

Bei der französischen Nachrichtenagentur Agence France Presse (AFP) ist am Mittwoch zum zweiten Mal in zwölf Tagen gegen Sparpläne der Direktion bei den Lohnkosten gestreikt worden. Nach Angaben der Agentur in Paris wurde die Arbeit von fast allen Pariser Diensten unbefristet niedergelegt.

Noch 73 Tage bis zur Wahl!

Applaudieren und huldigen. Applaus ist derzeit offenbar das wichtigste für die VU. In der Einladung zur Vaduzer VU-Nominationsversammlung heisst es, dass die Teilnehmer des Schaaner Parteitag durch anhaltenden Applaus die Leistungen der Regierung gewürdigt hätten. Im Bericht über die Vaduzer Versammlung doppelte das «Vaterland» dann nach: «Mit einem nicht endenwollenden Applaus betätigte die Versammlung Dr. Karlheinz Ritters Nominierung. Zum Glück «mässigte» Dr. Ritter dann gemäss «Vaterland» vom 16. November) «in seiner bescheidenen Art die Huldigung des Parteipräsidenten» selbst, indem er sie selbst als «masslos übertrieben» bezeichnete.

Die Fahne im Wind zeigt die Richtung an. Nachdem die Union ihren ersten Parteitag, den sie in überschäumender Freude als Sternstunde bezeichnete, unter dem selbstgerechten Motto «Uns Liechtensteiner geht es gut. So soll es bleiben» gesetzt hatte, soll es nun doch anders werden. Offenbar traut man dem rückwärtsgerandeten Wahlslogan nicht mehr so ganz. Das neue Motto heisst «Metanand». Dadurch kann die Union sicher einige Beispiele anführen.

Metanand haben sie im Landtag den Staatsgerichtshofpräsidenten für eine erneute Mandatsperiode wiedergewählt, obwohl abzusehen war, dass er aufgrund der Beschuldigungen gegen ihn irgendwann in den Ausstand treten müsse. Metanand haben sie im Landtag die Bildung und Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Wasserschäden im Zivilschutzraum des Gymnasiums verhindert.

Metanand haben sie Unterschriften gesammelt, um die Erhöhung der Mandatszahl im Landtag zu verhindern.

Metanand haben sie einen «Genevorschlag» unterbreitet, damit die Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» ihrer Chancen beraubt wird.



Der Staatsgerichtshof ist wieder funktionsfähig

Ein Vorschlag der FBP-Fraktion führte zu einer Lösung der Krise um die Ersatzwahl

Die Krise um den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, die sich zu einer Krise um den gesamten Staatsgerichtshof ausgeweitet hatte, musste so rasch wie möglich beigelegt werden. Darüber waren sich wohl alle im Parlament einig. Die Frage war nur, wie die Krise beigelegt werden könnte. Der FBP-Vorschlag, einen Vizepräsidenten zu bestellen, der jedoch von der VU vorgeschlagen werden sollte, baute schliesslich die Brücke, die zum Erfolg führte.

Die ganze Angelegenheit war nicht nur belastet durch die Rücktritte aus dem Staatsgerichtshof, sondern auch durch die Art und Weise, wie die Union die Neubesetzung ohne Rücksicht auf die Situation in und um den Staatsgerichtshof vornehmen wollte. Der VU-Fraktionssprecher Georg Gstöhl hatte noch während der letzten Landtagssitzung vom hohen Ross herab verkündet, jetzt und zu keinem anderem Zeitpunkt werde die Ersatzwahl vorgenommen. Als die FBP-Fraktion erklärte, einerseits sei sie nicht einmal vom Landtagspräsidenten über die notwendigen Nominierungen orientiert worden, andererseits sehe sie sich ausserstande, zum jetzigen Zeitpunkt einer Ersatzwahl zuzustimmen, also so zu tun, als ob es sich

um einen ganz normalen Wahlvorgang handle, da wurde es still um die als Druckmittel eingesetzte VU-Erklärung. Der Landtagspräsident setzte, ohne sich um die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtags zu kümmern, die Ersatzwahl von der Traktandenliste ab.

Am Mittwoch ging die Angelegenheit bedeutend moderater über die Bühne: Die FBP-Fraktion baute mit ihrem Vorschlag eine Brücke, dass die Ersatzwahl vorgenommen werden konnte, ohne dass sich beide Fraktionen von ihren grundsätzlichen Standpunkten weit entfernen mussten. FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann machte zu Beginn der Auseinandersetzung unmissverständlich klar, dass die FBP nicht Hand bieten werde zur Wahl eines «Ad-hoc-Vorsitzenden» oder eines «Interims-Präsidenten», wie aus Kreisen der Union vorgeschlagen worden war. Die FBP-Fraktion sei jedoch in der gegenwärtigen Situation bereit, zugunsten der VU-Fraktion auf die Nomination des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofes für die Dauer der anhängigen Gerichtsverfahren gegen den Staatsgerichtshofpräsidenten zu verzichten.

Vor diesem konstruktiven Beitrag zur Lösung der Krise hatte der FBP-Frak-

tionssprecher nochmals bekräftigt, dass die VU die Verantwortung um das ganze Gerangel um das höchste Gericht trage, da sie gegen besseres Wissen die Neubesetzung des Staatsgerichtshofpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Staatsgerichtshofes für fünf weitere Jahre im Landtag mit ihren acht Stimmen durchgedrückt habe. VU-Fraktionssprecher Georg Gstöhl vertrat demgegenüber die bereits mehrmals wiederholte Auffassung, dass der Landtag die Bestellung des Staatsgerichtshofes habe vornehmen müssen, da die Amtszeit abgelaufen gewesen sei. Für eine Verlängerung der Amtszeit, so seine durch die Praxis früher Jahre widerlegte Auffassung, sei keine gesetzliche Grundlage vorhanden.

Die Union nahm jedoch das Angebot der FBP-Fraktion an und nominierte mit lic. iur. Brigitte Feger eine Vizepräsidentin. Damit konnte ein erster Schritt zur Gesundung der Institution Staatsgerichtshof gemacht werden. Der Staatsgerichtshof ist durch die Zuwahl weiterer Mitglieder wieder funktionsfähig gemacht worden. Ein Teil der Krise ist beigelegt, doch wird es noch weitere Anstrengungen bedürfen, um den mit dieser Affäre entstandenen Vertrauensschwund in das Verfassungsgericht zu entkräften. (G.M.)

KOMMENTAR

Der Versprecher war wohl nicht gerade der Vater des Gedankens, doch mit einiger Sicherheit der Ausdruck einer mehr oder minder geheimen Hoffnung. VU-Fraktionssprecher Georg Gstöhl hat dem Landtag in seiner pathetischen Art, die jeweils auf «staatspolitischen Gründen» ruht, die Verkündung unterbreitet: «Das Volk will endlich die Neubesetzung des Staatsgerichtshofpräsidenten!» Unter dem teilweise schadenfrohen Lächeln der FBP-Fraktion und den süß-sauren Mienen seiner tapferen Mistreiter, die in Sachen

Nur ein Versprecher?

Staatsgerichtshof sowieso nur das Wohl des Staates (oder jenen Teil, den sie repräsentieren) im Auge haben, korrigierte er seinen Versprecher, dass natürlich die Ersatzwahl für den Staatsgerichtshof gemeint sei.

Der Versprecher, den rundherum Gebildete wie der «Freiherr von Vaterland» als klassisches Beispiel einer Freud'schen Fehlleistung interpretieren würden, könnte als Versprecher abgetan werden, wenn nicht Ähnliches schon in direkter Form vorgekommen wäre.

Zur Bewältigung der Krise um den Staatsgerichtshof braucht es, davon sind offenbar auch innerste VU-Kreise überzeugt, den Rücktritt des Präsidenten des Staatsgerichtshofes. Ansonsten hätten sie es ihm nicht in aller Form über ihre Zeitung mitteilen lassen müssen.

So müssen wir also, nachdem dies noch nicht passiert ist, mit einer kleinen Lösung leben, uns zufrieden geben mit der Tatsache, dass mit der Ersatzwahl in den Staatsgerichtshof die Funktionsfähigkeit des Gerichtes wieder gewährleistet ist. Das geschwundene Vertrauen in das höchste Gericht unseres Landes ist damit freilich noch nicht hergestellt. Dafür braucht es mehr und vor allem einen längeren Zeitraum. Davon ist offenbar auch der VU-Fraktionssprecher überzeugt, denn er teilt mit, was das Volk (und auch er) gerne hätte. (G.M.)

Das 100. KAT-Auto in Liechtenstein

(pafl) - Die Zahl der bei der Motorfahrzeugkontrolle immatrikulierten Fahrzeuge mit Katalysatoren hat sich in den vergangenen drei Monaten mehr als verdoppelt. Waren es am 8. August 1985 noch 51 Katalysatorfahrzeuge, welche die Grenzwerte gemäss US-Norm 83 nicht überschreiten, registrierte die Motorfahrzeugkontrolle Mitte November bereits 112 solcher Fahrzeuge. Angesichts dieser sehr erfreulichen Entwicklung übertrug der Leiter der Motorfahrzeugkontrolle Zeno Kaufmann aus Balzers als 100. Motorfahrzeughalter mit einem Katalysatorfahrzeug in den Amtsräumen der Motorfahrzeugkontrolle ein kleines Präsent.

Das neue Programm der FBP (III):

Schutz des Lebensraumes, der Natur und Umwelt

Die FBP möchte den Umweltschutz als Aufgabe des Staates in der Verfassung verankern

Das Waldsterben fordert auch uns heraus. Tiefgreifende Massnahmen zum Schutz der Umwelt, vor allem des Waldes, der Gewässer und des Bodens sind notwendig. Der Landtag verabschiedete am Mittwoch das neue Luftreinhaltegesetz, das wesentliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand bringt. Verschiedene Probleme aber harren weiterhin einer Lösung, wobei der Faktor Zeit eine wichtige Rolle spielt. Die FBP setzt sich, wie schon seit vielen Jahren, für eine konsequente Durchführung aller Massnahmen ein, die für die Erhaltung unseres Lebensraumes für uns und unsere Nachkommen wichtig sind.

Die Umweltprobleme mit der Luftverschmutzung sind heute international, die weiträumige Verfrachtung der Schadstoffe zeigt ihre Auswirkungen in Gebieten, die durch eigene Verschmutzung kaum gefährdet sind. Dennoch gilt es in erster Linie die Ursachen der Luftverschmutzung im Lande selbst, an der Quelle, zurückzudämmen.

Zielstrebige Durchführung

Die FBP setzt sich aus diesem Grunde für eine zielstrebige Durchführung der notwendigen Massnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung des Waldsterbens in unserem Lande sowie die Verankerung eines Verfassungsartikels, der den Schutz unseres Lebensraumes als vordringliche Staatsaufgabe postuliert, ein. Mit einem Verfassungsartikel, der speziell dem Schutz der Umwelt und des Lebensraumes gewidmet ist, soll dokumentiert werden, dass es der FBP ernst ist mit ihrem Anliegen, die Umwelt, unsere Heimat, nicht nur für diese Generation, sondern auch für künftige Generationen lebenswert zu erhalten.

Qualitative Sicherung

Schon seit Jahren steht der Schutz der Böden und vor allem die Sicherung und Erhaltung des landwirtschaftlich genutzten Bodens zur Diskussion. Die FBP setzt sich deshalb mit Nachdruck für die flächenmässige und qualitative Sicherung des Landwirtschaftsbodens ein. Ausserdem soll das Augenmerk der Erhaltung und dem Schutz von Naturräumen gelten, und zwar sowohl in der Talebene als auch im Berggebiet und im Alpenraum.

Förderung des öffentlichen Verkehrs

Oft ist der gute Wille vorhanden, um bauliche oder andere Massnahmen zum

besseren Schutz der Umwelt vorzunehmen, doch fehlt es zur schnellen Verwirklichung an den finanziellen Mitteln. Aus diesem Grunde schlägt die FBP in ihrem Programm die Gewährung von Steuerabzügen für anerkannte Investitionen vor, die dem Schutz unseres Lebensraumes dienen, wie beispielsweise spezielle Isolationen oder Einsatz von Alternativenergien. Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, vor allem aber, um weitere Personenkreise zur Benützung des Postautos zu gewinnen, fordert die FBP die



Einführung des Nulltarifs für Rentner, Lehrlinge und Schüler. Bei der älteren Generation geht es vor allem um eine sozialpolitische Massnahme, bei der Jugend soll sie als Anreiz dienen, vermehrt und auch in Zukunft die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen.

Kampf dem Lärm

Der Lärm, verursacht durch den Strassenverkehr und durch gewerbliche und

industrielle Betriebe, stellt ein weiteres Problem unserer heutigen Umwelt dar. Teilweise sind die tolerierbaren Lärmgrenzwerte in unserem Land schon überschritten. Die FBP setzt sich für die Festlegung von Lärmgrenzwerten ein und fordert die Erstellung und Veröffentlichung eines Lärmkatasters als wirksames Instrument zur Lärmbekämpfung.

Für autofreie Sonntage

Die beiden in diesem Jahr durchgeführten autofreien Sonntage auf freiwilliger Basis sind zu einem Erfolg geworden, vor allem deshalb, weil sehr viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land auf ihr Motorfahrzeug verzichtet haben. Von diesen freiwilligen Aktionen sind sicher wertvolle Impulse ausgegangen für eine Bewusstseinsbildung. Im Zusammenhang mit den autofreien Sonntagen wurde immer wieder gefordert, mehr Sonntage ohne Motorfahrzeugverkehr durchzuführen. Die FBP regt deshalb eine Volksabstimmung über die Durchführung von regelmässigen autofreien Sonntagen an. Damit soll die Meinung der Bevölkerung zu diesen Massnahmen erkundet werden. Der Schutz der Umwelt steht dabei im Vordergrund dieser Massnahmen.

Neuanfang der Beziehungen

Genfer Gipfel mit einer gemeinsamen Schlusserklärung abgeschlossen

(spk) Mit einer gemeinsamen Schlusserklärung ist am Donnerstag morgen um zehn Uhr die Genfer Gipfelkonferenz zwischen dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow und dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zu Ende gegangen. Anschliessend an die Schlusseremonie unterzeichneten die beiden Ausserminister George Shultz und Eduard Schewardnadse ein gemeinsames Schlusscommuniqué.

Wie zuerst Gorbatschow und anschliessend Reagan betonten, könne trotz weiterhin bestehender Meinungsunterschieden von einem Neuanfang der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen werden. Gorbatschow sprach in seiner kuren Ansprache im Genfer Konferenzzentrum vor versammelten Konferenzteilnehmern und Journalisten von neuen

Formen bilateraler Beziehungen, die anschliessend an das Gipfeltreffen gefunden werden müssten. Was strittige Punkte wie die atomare Bewaffnung des Weltraums und den Rüstungswettlauf angehe, habe keine Einigung erzielt werden können, dennoch hätten beide Parteien gute und harte Arbeit geleistet.

Reagans anschliessende Rede unterschied sich in ihrem Wortlaut kaum von derjenigen Gorbatschows. Auch er erwähnte die gute Zusammenarbeit während des Gipfels und die nun anzupackende Verstärkung der Rüstungsgespräche. Die Vereinigten Staaten seien bereit für den Frieden und bereit zu Taten und hofften dabei auf die gute Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, sagte Reagan mit einem Seitenblick zu Gorbatschow.

(Ausführlicher Bericht mit Gipfelerklärung finden Sie im Innern der Ausgabe.)

Nebenbei

Es soll schon tüchtige Geschäftsleute gegeben haben, die anderen einen Bauplatz auf dem Mond verkauft haben. Gleichsam im luftleeren Raum operiert derzeit die Union, die ihren unter verfassungsmässig zweifelhaften Umständen zustandekommenen Gegenvorschlag zur Verfassungsinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» zu verkaufen sucht. «Die politische Gleichberechtigung wird mit diesem Gegenvorschlag mit Nachdruck in der Verfassung verankert», weiss das VU-Parteiblatt zu berichten. Fand denn nicht schon am 1. Juli 1984 eine Volksabstimmung statt, wobei das Frauenstimmrecht und damit auch die politische Gleichberechtigung eingeführt wurde?